

## **16. Einheitliche Führung der Polizeikräfte in ausserordentlichen Lagen und bei Grossereignissen**

Postulat Daniel Wäfler (SVP, Gossau), Markus Schaaf (EVP, Zell), Hans Egli (EDU, Steinmaur) vom 14. Juni 2021

KR-Nr. 235/2021, Entgegennahme als Postulat, Diskussion

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Dem Regierungsratsantrag auf Umwandlung der Motion in ein Postulat hat der Erstunterzeichner am 27. September 2021 zugestimmt. Florian Heer hat an derselben Sitzung Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat über die Überweisung zu entscheiden.

*Daniel Wäfler (SVP, Gossau):* Der Vorstoss für eine einheitliche Führung des Zürcher Polizeikorps ist aus einer gründlichen Kommissionsarbeit der parteiinternen Sicherheitskommission der SVP entstanden und eigentlich ein Geschäft, das über mehrere Jahre behandelt wurde. Es gab hier auch Absichten, eine Einheitspolizei einzuführen, es wurden verschiedene Varianten geprüft. Doch die Einheitspolizei entspricht gemäss den Umfragen nicht dem Willen der lokalen Bevölkerung, und wir haben das Thema «Föderalismus» ja auch vorher (*im Zusammenhang mit der Beratung von KR-Nr. 390a/2020*) schon erwähnt. Hier sollen der Wille und auch die Unterschiede, wo es möglich ist, abgedeckt sein. Jedoch beabsichtigt der Vorstoss, die Sicherheit mit den bestehenden Ressourcen zu verstärken – mehr qualitative Sicherheit –, aber auch die bestmögliche quantitative Sicherheit. Denn die Sicherheit ist immer zugunsten der Bevölkerung und ein wichtiges Gut, insbesondere dann, wenn es über 72 Stunden Durchhaltefähigkeit hinausgeht. Ich denke, die Pandemie (*Corona-Pandemie*) wurde vielleicht auch noch belächelt, als vor ein paar Jahren die Übungen abgehalten wurden. Man hat gesagt: «Ja, das ist jetzt das Risiko Nummer eins des Bundes. Es kommt mal, wir haben das geübt mit der Bundesverwaltung. Die Kantone waren auch dabei.» Doch wenn wir ehrlich sind, hat es uns doch ziemlich auf dem linken Fuss erwischt. Und auch wenn man es bisher gerade im Sicherheitsbereich sehr gut handhaben konnte, gibt es immer Überraschungen, und zugunsten der möglichen Vermeidung von Opfern sollte man diese Überraschungen im Vorfeld möglichst eliminieren und in den Griff kriegen.

Nach der Pandemie rangiert etwa die Strommangellage auf Platz eins der Risiken, und ich bin jetzt der Letzte, der hier irgendwas beschwören möchte, aber es sind einfach Tatsachen. Wenn das eintritt, dann haben wir wirklich ein sehr delikates Problem. Bestenfalls sind es nur zwei bis drei Tage, aber man geht eigentlich davon aus, dass es bis zu sechs, sieben Tage braucht, wieder Netzinseln aufzubauen und die Schweiz oder den Kanton Zürich insgesamt mit Strom versorgen zu können. Was das im Detail bedeutet, haben Experten schon ausgemalt. Ich konnte mich in meiner Funktion schon militärisch damit befassen. Und auch wenn nur 50 Prozent davon eintritt, dann haben wir doch sehr viele Verletzte und Opfer. Und ich denke, auch wenn es weniger ist: Je besser wir aufgestellt sind und diese

vorhandenen Sicherheitskräfte besser zusammenarbeiten können, desto eher haben wir die Chance, diese Krise oder ein ähnliches Grossereignis, von dem wir nicht hoffen, dass es kommt, zu bewältigen. Wir wissen es nicht, wir müssen einfach gewappnet sein.

Aus diesem Grund möchte dieser Vorstoss die Zusammenarbeit der Polizeikorps fördern. Es ist jetzt keine Motion mehr, eine Motion wäre nicht mehrheitsfähig gewesen, es ist ein Postulat. Man sagt ja oftmals, wenn man nichts erreichen wolle, dann mache man ein Postulat. Aber es ist trotzdem ein Postulat zum richtigen Zeitpunkt, das die Regierung bestärken kann, die bereits getroffenen Massnahmen nochmals zu überprüfen und die Zeit zu nutzen, die wir noch haben – ich hoffe, wir haben viel Zeit und es tritt gar nie ein –, aber dass wir das nötige Verbesserungspotenzial in der Zusammenarbeit der Polizeikorps frühzeitig erkennen, umsetzen und nutzen können. Das will dieses Postulat und ich denke, der Gesamtsituation gegenüber ist es sicherlich nicht zu viel verlangt, sondern deckt ein mögliches Risiko ab und erwähnt es auch. Und wir als Parlament sind in der Verantwortung und haben hier die Chance, rechtzeitig die Kräfte zu stärken, die zugunsten unserer Unversehrtheit und Sicherheit wirken, damit dieses Thema am richtigen Ort aufs Tapet kommt. Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der SVP-Fraktion, dieses Postulat laufen zu lassen, zu überweisen, damit wir den nötigen Benefit für unsere Gesellschaft und Sicherheit daraus haben. Danke vielmals.

*Florian Heer (Grüne, Winterthur):* Gerade die aktuelle Pandemie zeigt: Es braucht keine weiteren Regelungen bezüglich Führungsübernahme durch die Kantonspolizei, das Krisenmanagement hat funktioniert. In der KJS-Sitzung (*Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*) vom 3. Dezember 2020 wurde uns von Bruno Keller, dem Kommandanten der Kantonspolizei, aus der Stabsführung berichtet: In den ersten Phasen der Corona-Pandemie-Bekämpfung – sowohl die besondere Lage ab 28. Februar 2020 wie die darauffolgende ausserordentliche Lage bis 19. Juni 2020 – hatten wir mit dem KFO, der kantonalen Führungsorganisation, ein Führungsinstrument das funktioniert hat. Der eindrückliche Bericht des Kommandanten zeigte auf, dass der bisherige gesetzliche Rahmen vollauf reicht, um in ausserordentlichen Lagen handlungsfähig zu sein; nirgends auch nur ein Wort über nicht funktionierende Zusammenarbeit oder Missstände aufgrund von mangelnder Kooperation und Absprache. Haben die Motionäre respektive Postulanten hier weitere Informationen, welche sie bisher nicht mit uns teilten? Denn in der Kommission wurden trotz unzähliger Möglichkeiten keinerlei so gelagerte Fragen gestellt.

Unserer Information und Ansicht nach bestand bis heute zu keinem Zeitpunkt die Gefahr, dass die bisherige Kooperation zwischen der Kantonspolizei und den städtischen Polizeien nicht mehr funktionieren würde, im Gegenteil: Wir sind der Meinung, die Zusammenarbeit funktioniert hervorragend und die Polizeien ergänzen sich gut. Wir Grüne möchten an dieser Stelle der Kantonspolizei nochmals danken für die geleistete Arbeit in der vergangenen anspruchsvollen und auch sehr belastenden Zeit und sehen, wie gesagt, keinen Handlungsbedarf. In der Begrün-

dung und in der Formulierung der ursprünglichen Motion ist nichts über die Definition von Grossereignissen ausgeführt. Es wird lediglich über die aussergewöhnliche Lage im Zusammenhang mit Covid-19 gesprochen. Dies erweckt den Verdacht, über ein Hintertürchen die Städte mit ihren eigenen Polizeien in ihrem Handlungsspielraum einschränken zu wollen. Wir hegen auch den Verdacht, dass dies zu grossen Problemen zwischen der Kantonspolizei und den städtischen Polizeien führen würde, sowohl in der Absprache als auch in der juristischen Auslegung im Falle von Meinungsverschiedenheiten. Faktisch würden die lokalen Polizeien beschnitten, diejenigen, welche sich bei den regionalen Gegebenheiten am besten auskennen und seit Jahrzehnten mit langer Erfahrung Handlungspläne erstellt haben, die funktionieren. Wir lehnen dieses Postulat aus föderalistischer Sicht ab.

Diese Vorlage ist somit eher grosspolitisch zu bewerten: Die Motionäre respektive Postulanten möchten langfristig die Macht des Kantons ausweiten, zuungunsten der kleinen Polizeien, wie derjenigen von Wädenswil, von Bülach, von Uster, von Illnau-Effretikon, et cetera. Wir brauchen keine Übernahme der städtischen Polizeien durch die Kantonspolizei, auch keine schleichende. Der vorliegende Vorstoss möchte somit etwas regeln, was nicht notwendig ist, was mehr Unklarheiten schafft und geradezu schädlich ist. Wir Grüne lehnen das Postulat ab.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Um es gleich vorwegzunehmen: Die SP wird das Postulat nicht überweisen. Offensichtlich entstand bei einigen Kantonsratsmitgliedern während der ausserordentlichen Lage zu Beginn der Pandemie der Eindruck, die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei und den anderen Polizeikörpers, namentlich der Stadtpolizeien Zürich und Winterthur, habe nicht reibungslos funktioniert. Diesen Eindruck teilen wir von der SP nicht. Es mag sein, dass es zu Beginn der ausserordentlichen Lage bei der Durchsetzung der Massnahmen zwischen den verschiedenen Korps Abstimmungsschwierigkeiten gegeben hat. Diese haben die Korps aber sehr rasch in den Griff bekommen. Hinzu kommt, dass in zwischen ein Wechsel in der obersten Führungsetage der Kantonspolizei stattgefunden hat. Seit dem Sommer 2020 ist mit Bruno Keller ein neuer Kantonspolizeikommandant im Amt. Auch dieser Wechsel eröffnet neue Möglichkeiten für eine erspriessliche Zusammenarbeit.

Die SP sieht nicht ein, wieso an der bewährten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Polizeikörpers im Kanton Zürich ohne ersichtlichen Grund etwas geändert werden soll. Wir wollen, dass die Eigenständigkeit der Korps gewahrt bleibt. Deshalb lehnen wir auch in ausserordentlichen Lagen eine offizielle Unterstellung der Korps unter das Kommando der Kantonspolizei ab. Die SP traut den verschiedenen Polizeikörpers im Kanton Zürich zu, dass sie, wenn nötig, in allen Lagen und bei allen Ereignissen fähig und willens sind, bestmöglich zusammenzuarbeiten.

Ein Schelm, wer denkt, dass dieser Vorstoss vor allem darauf abzielt, die beiden Stadtpolizeien Zürich und Winterthur – und um diese geht es hier ja in erster Linie – stärker an die Kandare zu nehmen. Der unklar definierte Begriff «Grossereig-

nis», bei dem ebenfalls eine Unterstellung unter das Kommando der Kantonspolizei erfolgen soll, ist diesbezüglich sehr aufschlussreich. Eine Bevormundung der beiden Stadtpolizeien Zürich und Winterthur kommt für die SP jedoch nicht infrage. Aus diesen Gründen wird die SP das Postulat nicht überweisen, und wir bitten Sie, das ebenfalls nicht zu tun.

*Angie Romero (FDP, Zürich):* Es ist unbestritten, dass es wichtig ist, dass sich die Zürcher Polizeikorps bei Bedarf koordinieren. Das funktioniert aber heute schon reibungslos, zumindest auf kooperativer Ebene. Das politische Geplänkel auf Führungsebene ist dort irrelevant. Leider wurde dieses Postulat nicht so ergebnisoffen formuliert, wie wir uns das gewünscht hätten. Beispielsweise wird die Einsatzunterstellung bei Grossereignissen gefordert und nicht nur bei nicht planbaren Ereignissen. Gerade in diesem Bereich verfügt die Stadtpolizei Zürich aber über grosse Kompetenz und Erfahrung in der Einsatzbewältigung. Weshalb genau soll die Kantonspolizei die Einsatzleitung beim «Züri-Fäscht» haben? Das leuchtet nicht ein. Ich bin gespannt zu sehen, wie Parteien, die sich urban geben, sich zu diesem Postulat stellen werden und ob sie wirklich der Meinung sind, Stadtpolizeien sei gerade in einem ihrer ureigenen Kompetenzbereiche das Kommando abzusprechen. Dieses Postulat ist unseres Erachtens nicht nötig und schießt über das Ziel hinaus. Die FDP wird es deshalb nicht überweisen.

*Daniela Güller (GLP, Zürich):* Wir begrüßen zum Ersten, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt wird, denn die Gesetzeslage ist eigentlich jetzt schon klar geregelt. Heute schon sind die Aufgaben und die Koordinationsverantwortlichkeiten zwischen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei der beiden Städte Winterthur und Zürich im Gesetz, im POG (*Polizeiorganisationsgesetz*) geregelt. Artikel 28 bekräftigt, dass die Koordination bei Grosslagen grundsätzlich bei der Kantonspolizei liegt. Bei grossen Events, die aber nur das Gebiet der Städte betreffen, liegt die Koordination bei der zuständigen Stadtpolizei, beispielsweise beim «Züri-Fäscht». Dies ändert also auch mit diesem Postulat nicht. Deshalb macht es Sinn, das Geschäft als Postulat und nicht als Motion entgegenzunehmen. Die Koordinationsaufgabe liegt bereits heute klar bei der Kantonspolizei. Auch werden schon gemeinsame Übungen regelmässig geplant. In ausserordentlichen Lagen zeigt es sich, wie gut und effizient eine Organisation aufgebaut ist. In der vergangenen oder noch immer andauernden Pandemielage ist der Aufgabe und Koordination der Kantonspolizei enorme Wichtigkeit zuteil geworden. Sie hat die Aufgabe hervorragend gemeistert und Ausserordentliches geleistet. Es kann nur von Vorteil sein, die gemeinsamen Übungen zu festigen, auch in Bezug auf die Koordination und die Führung von ausserordentlichen Ereignissen, egal, in welcher Form diese auf uns zukommen. Daniel Wäfler hat es vorher auch gesagt, es kann auch Unerwartetes auf uns zukommen, es ist nicht nur diese Pandemie, die es uns gezeigt hat. Sich weitgehend vorzubereiten kann somit nur Vorteile schaffen. Wir empfehlen deshalb, das Geschäft als Postulat zu überweisen.

*Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch):* Eine einheitliche Führung der Polizeikräfte in ausserordentlichen Lagen und bei Grossereignissen klingt auf Anhieb ganz plausibel. Jedoch muss man sich schon fragen, weshalb dies nun wirklich nötig sein sollte. Es wird von einem Verbesserungspotenzial, von einem Benefit gesprochen, die sich mir aber beide nicht wirklich erschliessen wollen. In der Begründung der Motionäre – jetzt ist es ja ein Postulat – wurde unter anderem auch auf die Pandemie hingewiesen. Aber eben gerade in der Corona-Krise haben sich die Einsatzkräfte der Polizei doch hervorragend organisiert und eingebracht, sodass sich eine gesetzliche Voraussetzung erübrigt. Im Gegenteil: Die Mitte befürchtet einen unnötigen Konflikt, denn das Wirken zwischen Stadt- und Kantonspolizei funktioniert, Stand heute, reibungslos. Es gibt von uns aus gesehen also keinen Handlungsbedarf, wir empfehlen keine Überweisung. Merci.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Ich staune jetzt doch, wie da einzelne Begriffe verwirrend verwendet werden. Wenn wir vom «Züri-Fäscht» sprechen, dann sprechen wir von einem Grossanlass. Das ist nichts Besonderes. Es gibt viel Arbeit, viel zu organisieren, aber das hat nichts mit diesem Postulat zu tun. Stellen Sie sich vor, ein Rucksackbomber oder mehrere Rucksackbomber würden bei einem solchem Anlass eine Bombe zünden, dann hätten Sie eine Grosslage. Dann hätten Sie ein Ereignis, das es zu bewältigen gibt. Und für solche Ereignisse braucht es Krisenstäbe. Sie müssen also unterscheiden zwischen einem Grossanlass und einem Grossereignis, und hier sprechen wir von einem Ereignis. Eine solche Krise – das ist mein erster Punkt – kommt immer unerwartet. Eine Krise kann sein Terror oder eine Amok-Lage, es können aber auch Naturkatastrophen sein mit Hochwasser, eine Feuersbrunst, Erdbeben. Es kann ein Flugzeugabsturz sein, wie wir es vor 20 Jahren erlebt haben (*Absturz einer Crossair-Maschine bei Bassersdorf*), oder es kann eben auch eine Pandemie sein. Das sind Krisen, und das ist der zweite Punkt: Die Bewältigung einer Krise braucht immer Führung. Führung bedeutet: Sie müssen Informationen sammeln. Sie haben immer zu wenig Informationen. Das Sammeln von Informationen ist eine der wichtigsten Aufgaben in der Führung. Diese Informationen müssen bewertet werden. Und dann müssen Sie wissen: Welches sind meine Einsatzmittel, die mir zur Verfügung stehen? Und dann spielt es eben eine Rolle, wie viele Personen ich selber zur Verfügung habe, und wie viele Personen bei Partnerorganisationen zur Verfügung stehen. Und dann muss entschieden werden. In einer Führung müssen Sie Entscheidungen treffen, Sie müssen kommandieren, Sie müssen Befehle erteilen, und dann muss kommuniziert werden. Wir alle erwarten, dass sehr schnell sehr klare Informationen an uns als Bevölkerung kommuniziert werden. Und dann fängt der Kreislauf wieder von vorne an. Sie müssen Ihre Befehle überprüfen, Sie sammeln Informationen, Sie bewerten und Sie verfügen erneut. Die Bewältigung von Krisen – das ist der dritte Punkt – geschieht immer in Verbund mit Partnern. Je nach Art des Ereignisses gibt es ganz verschiedene Kooperationspartner. Das kann anfangen bei der Armee, das kann die Feuerwehr sein, der Zivilschutz, Rettungsdienste oder eben auch die Gemeindepolizeien. Da geht es nicht um Machtspiele, Macht-

kämpfe, es redet niemand davon, dass man der Gemeindepolizei Wädenswil irgendetwas wegnehmen will. Die Gemeinde Wädenswil wird noch so froh sein, wenn die Kantonspolizei den Lead übernimmt, wenn es um die Bewältigung eines Grossereignisses in Wädenswil geht. Der vierte Punkt: Führung braucht Klarheit. Es muss klar sein, wer für was zuständig ist. Die Verantwortlichkeiten müssen eindeutig zugeordnet werden können. Und ich habe es vorhin gesagt: Es braucht eine klare und eindeutige Kommunikation. In der Führung gibt es keine Möglichkeit oder sollte es keinen Raum geben für Machtspiele. Ein ganz, ganz kleines, harmloses Beispiel, was eben passieren kann, wenn hier Konflikte entstehen: Zu Beginn der Pandemie hiess es: Systemrelevante Berufe dürfen mit dem Auto zur Arbeit, der ÖV ist zu meiden, und diesen Personen wird erlaubt, dass sie auf allen Parkfeldern gratis parkieren dürfen. Das war eine Weisung des Kantons. Die Stadt Zürich hat dann gesagt: Bei uns gilt das nur für die Leute, die bei der Stadt angestellt sind. Alle anderen müssen Parkplätze bezahlen oder werden gebüsst. Wie gesagt, es ist eine Banalität, aber hier wurde unklar kommuniziert und es wurde unklar umgesetzt. Und das ist das, was man in der Krisenbewältigung eben nicht braucht: Unklarheit und Machtspiele. Deshalb bitte ich Sie, gehen Sie nochmals in sich. Überlegen Sie sich, ob es nicht doch Sinn macht, dieses Postulat zu überweisen. Sie erweisen deshalb der Gemeindepolizei Wädenswil noch keinen schlechten Dienst, sondern Sie schaffen die Möglichkeit, eine Auslegeordnung zu machen. Und dort, wo wirklich durch Anpassungen Synergien entstehen können, sollten diese dann auch wahrgenommen werden. Einzig und allein das war die Absicht und das Ziel dieses Postulates. Ich bitte Sie, es deshalb zu überweisen, so wie es die EVP auch tut.

*Hans Egli (EDU, Steinmaur):* Als Kantonsrat müssen wir nach vorne schauen. Wir müssen uns überlegen, was in Zukunft passieren könnte, nicht nur, was in der Vergangenheit passiert ist, sondern welche Szenarien uns bevorstehen oder uns bedrohen könnten. Das ist die Ausgangslage dieses Postulates. «Krisenmanagement funktioniert», hat es geheissen. Die Frage ist nur: Hatten wir jetzt mit Corona schon diese Krise, die wirklich eine Bedrohung für diese Gesellschaft ist, oder gibt es Grossereignisse, die noch viel, viel relevanter sind, viel bedrohender sind für uns alle? Seit Corona wissen wir, dass Ereignisse passieren können, die man sich nicht vorstellen konnte. Niemand hier drin konnte sich vorstellen, was Corona alles bewirken könnte oder vielleicht auch noch bewirken wird. Klar ist: Es kann sich schnell sehr vieles ändern. Und in Krisensituationen braucht es Führungshierarchie, das ist eine Voraussetzung, die geschaffen werden muss, wenn es denn eben auch funktionieren soll in der Krise. Bei diesem Postulat geht es nicht um die Bevormundung von irgendwelchen Korps auf kommunaler Ebene, sondern es geht darum, dass in Krisensituationen die Krisenbewältigung möglichst effizient, möglichst gut passieren kann. Für dieses Ereignis ist dieses Postulat. Es geht darum, einen Super-GAU zu verhindern. Alle hier drin wissen: Dieser Super-GAU könnte auch in diesem Winter passieren. Es könnte ein Blackout entstehen, dass die Stromversorgung zusammenfällt. Und jeder weiss, was passiert, wenn das so ist. Man kann nicht mehr bezahlen, ergo kann man nicht mehr

einkaufen. Und Lebensmittel sind ein extrem wichtiges Bedürfnis. Die Leute werden die Läden stürmen. Das könnte passieren, das ist nicht auszuschliessen. Und in einem solchen Fall brauchen wir eine Polizei, die funktioniert, die vorbereitet ist auf solche Grossereignisse. Genau darum geht es in diesem Postulat. Seien wir nicht naiv, es ist wirklich eine reale Bedrohung. Ein Super-GAU könnte passieren, da brauchen wir eine organisierte Polizei, die auf so etwas vorbereitet ist. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie Ja zu diesem Postulat. Es geht um unsere Zukunft, es geht aber auch um unsere Verantwortung. Die Verantwortung hat nicht nur der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*), die Verantwortung haben auch wir hier drin. Darum stimmen Sie Ja. Danke vielmals.

*Daniel Wäfler (SVP, Gossau) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte noch eine Replik geben zu Florian Heer und auch zur SP: Es geht überhaupt nicht darum, dass die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikörpern irgendwie schlecht wäre, nein, im Gegenteil: Die Zusammenarbeit zwischen den Polizeikörpern ist hervorragend. Und das, was an Kooperation besteht, ist bereits mustergültig und läuft. Dieses Postulat blickt auf die Zukunft, weil wir neue Herausforderungen haben und wir uns rüsten möchten für diese neuen Challenges. Auch das mit dem «Zürifäscht», dies an Angie Romero: Ich glaube, die Stadtpolizei und die Stadt Zürich sind wirklich sehr gut aufgestellt und können noch grössere Feste als das «Zürifäscht» bewältigen. Aber wenn dieses Szenario, das jetzt auch Hans Egli oder Markus Schaaf beschrieben haben, eintreffen würde, dann wird es eher so sein, dass die Polizeikörper dann auf Knien bitten, dass Unterstützung von der Kantonspolizei, von der Armee kommt. Und hier möchte ich einfach auch den älteren Offizieren nochmals in Erinnerung rufen: Als Sie noch Dienst geleistet haben in den 80er- oder 90er-Jahren, da hatte die Armee noch Bestände von 800'000 Mann, später noch von 450'000 Mann und Frau, und heute haben wir Bestandesprobleme, die massiv sind: Wir haben unterbesetzte Kompanien mit wenig Kadern, mit Mangelsituationen ähnlich wie bei der Pflege. Und da macht es schon Sinn, mit Blick auf die Zukunft gewisse Prozesse anzuschauen, insbesondere, wenn die Regierung noch bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen. Dies noch meine Anmerkungen, vielen Dank.

*Florian Heer (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal:* Zu zwei kleinen Aussagen möchte ich noch Stellung nehmen: Was erwartet denn Hans Egli noch für ein weiteres grosses Ereignis, wenn nicht die aktuelle Pandemie? Das ist mir echt, echt ..., das verstehe ich nicht. Wie kann er behaupten, dass das kein Grossereignis ist? Es ist pietätlos, pietätlos gegenüber all jenen Menschen, welche Angehörige verloren haben in dieser Pandemie.

Und zu Daniel Wäfler: Was erwartet ihr denn für weitere Herausforderungen, wenn nicht die aktuelle Pandemie?

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht; fraktionslos):* Herr Heer, Sie haben mich herausgefordert. Also das zeugt wirklich nicht von sehr viel Sachkenntnis, was

Sie hier gesagt haben, und nicht mal von sehr viel Kenntnis der aktuellen Einschätzungen unserer Sicherheitsverantwortlichen. Ich bitte Sie, wenden Sie sich nachher an den Sicherheitsdirektor und fragen Sie ihn mal, was hier erwartet wird oder leider Gottes erwartet werden muss an einer Veränderung der Sicherheitslage in Zentraleuropa. Und um das geht es. Und an die FDP: Frau Romero, ich verstehe sie nicht, Ihre Aussage. Ich verstehe wirklich nicht, wie eine ehemals staatstragende Partei hier solche Aussagen machen kann. Ja, das darf man so sagen. Wir haben doch alle das Interesse, dass dieser Kanton möglichst gut geführt wird. Und die wenigen, die in der FDP wahrscheinlich noch Militärdienst geleistet haben, die wissen es. Die wissen auch, dass verschiedene Verbände unterstellt werden müssen, unterstellt werden müssen an eine zentrale Führung. Und solche Aussagen, Frau Romero, die verstehe ich auch nicht, und das zeugt wahrscheinlich auch davon, dass Sie auch keinen Dienst geleistet haben (*Heiterkeit*).

*Benjamin Fischer (SVP, Volketswil):* Ich bin schockiert, schockiert über die Naivität und das mangelnde Sachverständnis von einigen Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Rat, wenn Herr Heer fragt: «Was erwarten Sie denn noch, wenn nicht diese Pandemie?» Sie glauben, das ist das Schlimmste, was uns passieren könnte? Wissen Sie, wie die Einschätzungen sind, wenn wir das europäische Stromnetz betrachten? Wir hatten 2011 zwei Vorfälle im europäischen Stromnetz, die heikel waren, wo man eingreifen musste, um weitere Schäden, um ein allfälliges Blackout zu verhindern. Wir hatten im letzten Jahr über 300. An fast allen Tagen mittlerweile gibt es eine heikle Situation. Was ein Blackout bedeuten würde, da müssen Sie einmal wirklich in sich gehen und durchrechnen, mit Experten sprechen. Im Sicherheitspolitischen Bericht des Bundes sind Blackout und Pandemie seit Jahren als grösste Gefahr, was die Eintretenswahrscheinlichkeit und das Schadenpotenzial betrifft, aufgeführt. Auf die Pandemie waren wir nicht besonders gut vorbereitet. Und wir hatten Glück. Wir hatten Glück, Herr Heer. Wenn Sie das anders einschätzen, dann sind Sie sehr naiv, und dann mache ich mir Sorgen, wenn Sie nicht verstehen, was in den nächsten Jahren noch auf uns zukommen wird. Jeder Energie- und Versorgungsexperte sagt: Es ist keine Frage, ob es eine Strommangellage gibt, ob es einen Blackout gibt, die Frage ist, wann. Und wir sind nicht vorbereitet. Mit diesem Postulat können wir einen kleinen Teil, einen kleinen Beitrag leisten für solche Grossereignisse, diese vorzubereiten. Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen: Ich bin enttäuscht, enttäuscht von der FDP. Es gibt hervorragende Offiziere, Altoffiziere, Herr Oberst Jörg Kündig, Kollege Dieter Kläy zum Beispiel, Oberstleutnant Marc Bourgeois, ich frage Sie: Wo ist Ihr militärischer Sachverstand in dieser Frage? Und gerade auch an die Adresse der Grünen, Kollege Heer, Sie sprechen von einer Klimakatastrophe, von Tipping Points, die noch bis 2030 eintreten werden. Denken Sie mal daran, was das dann bedeutet, nicht nur im umweltpolitischen Bereich, sondern eben auch im sicherheitspolitischen Bereich. Ich wünsche mir hier mehr Sachverstand. Besten Dank.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Es scheint ja so, dass wir wegen der Stromwirtschaft hier eine Reorganisation der Polizei benötigen. Zuerst noch kurz meine Interessenbindung: Ich arbeite in der Strombranche, bei einem Höchstspannungsbetreiber und bin dort auch in verschiedenen Gremien tätig. Ich möchte Sie beruhigen. Wir glauben nicht, dass der Blackout unmittelbar bevorsteht. Die Zürcher Polizeien müssen sich deshalb wahrscheinlich nicht reorganisieren. Bitte verwechseln Sie Strommangellage übrigens auch nicht mit einem Blackout. Wir sind der Meinung, dass wir selbst in einer Strommangellage Konzepte haben, sodass wir ohne Stromausfall durch eine Krise kommen sollten. Möchten Sie etwas gegen Strommangellage oder Blackouts tun – jetzt bin ich zurück bei der Politikerin –, dann schauen Sie, dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden und machen Sie nicht solche Vorstösse.

*Regierungsrat Mario Fehr:* Besten Dank auch für diese Debatte, die doch immerhin eines gezeigt hat: Die Leistungen, die die Zürcher Polizeien in den vergangenen zwei Jahren erbracht haben, haben offenbar Ihr Wohlgefallen gefunden, von ganz rechts bis ganz links, das freut mich. Ich werde die anerkennenden Worte auch weiterleiten. Sie können davon ausgehen – ich glaube, die Analyse war ziemlich richtig –, dass wir nach ein bisschen einem Gerumpel in der Startphase, im ersten Lockdown, stets näher zueinander gefunden haben, dass uns die gemeinsame Strategie, auch, wie wir die jeweiligen Bundesvorschriften umgesetzt haben, immer näher zueinander gebracht hat. Dabei hat selbstverständlich die Kantonspolizei Zürich eine Führungsrolle übernommen. Die Zusammenarbeit hat gut funktioniert, ich glaube, sie hat sogar sehr gut funktioniert. Das schliesst nie aus, dass es Kompetenzkonflikte geben kann. Meine frohe Botschaft heute an Sie ist: Egal, ob Sie dieses Postulat überweisen oder auch nicht, die Kantonspolizei, die Stadtpolizeien Zürich und Winterthur und vor allem auch die politischen Verantwortlichen in Kanton und Stadt Zürich, Stadt Winterthur, im ganzen Kantonsgebiet werden aus dieser Pandemie ständig lernen, sich ständig weiterentwickeln und werden, wenn wir es denn als angezeigt erachten, Verbesserungsvorschläge auch im legislatorischen Bereich einbringen, völlig egal, ob Sie dieses Postulat überweisen oder nicht. Wir haben im Übrigen sämtliche Vorstösse, die darauf zielen, irgendwie etwas zu überprüfen, das während der Pandemie augenfällig geworden ist, immer entgegengenommen, so auch hier und heute. Wir werden aber ohnehin alles prüfen, fast egal, was Sie machen.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 76 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das Postulat KR-Nr. 235/2021 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.